

Potsdams] *andere* [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Februar 2016

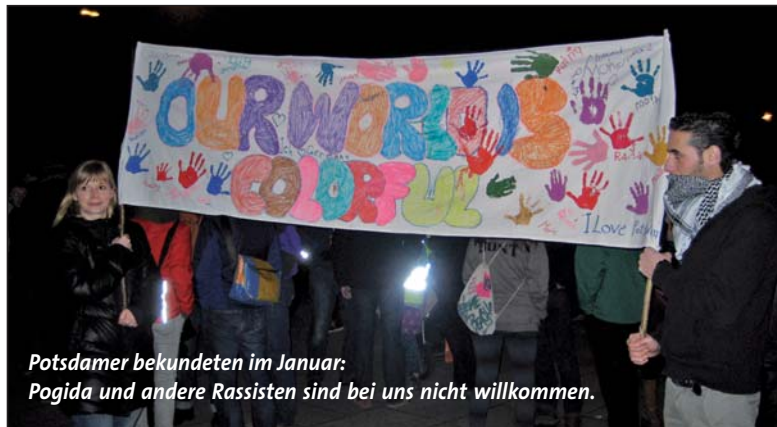
Nr. 02 · 12. Jahrgang

Potsdam bekennt Farbe – bunt, weltoffen und friedlich

Wenn es um Toleranz, Weltoffenheit und eine vielfältige Gesellschaft geht, stehen Stadtspitze, Verbände und Vereine sowie die demokratischen Parteien gemeinsam für ein buntes Potsdam ein. Wir wollen auch weiterhin auf friedlichem Wege klar zeigen: Pogida und andere Rassisten sind in Potsdam nicht willkommen.

Wir als Stadtgesellschaft stehen vor einer komplizierten Situation. Fragen der Bürgerinnen und Bürger müssen beantwortet werden, Ängste genommen werden. Das geht nur, wenn wir bereit sind uns den Gesprächen zu stellen und auch für die ein offenes Ohr haben, die Fragen zur Flüchtlingspolitik haben. Dabei müssen wir auch Flagge zeigen, wenn gehetzt wird, wenn angestachelt, wenn verunglimpft wird. Die, die nur dumpfe Parolen haben, müssen wir mit Argumenten zum Schweigen bringen und nicht mit Gewalt. Das Gewaltmonopol liegt ohne Wenn und Aber beim Staat.

Diejenigen, die Angst, Hass und Rassismus



Potsdamer bekundeten im Januar:
Pogida und andere Rassisten sind bei uns nicht willkommen.

schüren und von „Überfremdung“ sprechen, die müssen wir in die Schranken weisen! Wer die Willkommenskultur in dieser Stadt zerstören will, wird an uns und den vielen anderen in der Stadt scheitern. Wir werden es nicht zulassen, dass Rassismus und Menschenfeindlichkeit salonfähig werden. Dass

dies nicht einfach ist, das wissen wir. Trotzdem. Das ist jetzt unser aller politische Herausforderung, der wir uns auch hier in Potsdam stellen. Damit nicht Hetze sondern Herz auf unseren Straßen herrscht.

Sascha Krämer, Vorsitzender DIE LINKE.Potsdam

Linksjugend [solid] Brandenburg stellt Weichen für 2016

Mit der XIX. Landesmitgliederversammlung, welche am 09. Januar im Potsdamer freiLand stattfand, und einem anschließenden Konzert im Spartacus startete der parteinahe Jugendverband Linksjugend [solid] Brandenburg e.V. in das neue Jahr. Auf der Tagesordnung standen wichtige Weichenstellungen wie die Neuwahl des LandessprecherInnenrates (LSPR), der die Funktion des Vorstandes übernimmt, und zahlreiche Anträge, unter anderem zu den politischen Schwerpunkten für 2016.

Zunächst standen Neuwahlen des LandessprecherInnenrates an: Erneut gewählt wurden hierbei Isabelle Vandr , Mitglied des Landtages, Tina Lange, Lehrerin und stellvertretende Kreisparteivorsitzende, und der amtierende Landesschatzmeister Konstantin Gräfe. Neu dazugekommen sind die Jura-Studentin Iris Burdinski, Jürgen Engert, ehemals Asta-Referent an der Universität Potsdam sowie der Frankfurter Schüler Tom Berthold. Alle sechs bedankten sich für die Wahl und kündigten an, die Arbeit im neuen LSPR unverzüglich aufzunehmen.

Am Ausf hrlichsten diskutierten die über 40 Mitglieder anschließend den Antrag zu den politischen Rahmenlinien 2016, welcher schließlich mit übergroßer Mehrheit beschlossen wurde. Solid wird sich entsprechend dieser Rahmenlinien wie auch schon in den Jahren davor weiter verstärkt in der Migrationspolitik engagieren und fordert ein uneingeschränkt Bleiberecht für alle mit menschenwürdiger Unterbringung und Integration. Der Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und nationalsozialistische Einstellungen hat weiter oberste Priorität. Gleichzeitig bereitet der Verband eine Kampagne zur Legalisierung von Cannabis vor. Zudem will sich solid für den Erhalt und Ausbau alternativer Freiräume wie dem Potsdamer freiLand in ganz Brandenburg einsetzen und solche Projekte weiterhin unterstützen. Nicht zuletzt unterstützt Solid das breite linke Bündnis „Ende Gelände“.

Dieses wird am Pfingstwochenende in der Lausitz Protestaktionen gegen die weitere Verstromung von Braunkohle und für eine

klare Ausstiegsperspektive organisieren. Darüber hinaus verabschiedete die Landesmitgliederversammlung Anträge zur Abschaffung von Tanzverboten an gesetzlichen und religiösen Feiertagen, zur Unterstützung einer Kampagne zur Erinnerung an Opfer rechter Gewalt in Brandenburg (mehr Infos unter: <http://fightingfor20years.blogspot.de/>) sowie zur Unterstützung einer Konferenz von LGBTI*-Refugees. Auch bekräftigten die Mitglieder in einem Beschluss den Willen zur Einsetzung eines Brandenburger NSU-Untersuchungsausschusses.

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung wurde es abends im Club „Spartacus“ richtig voll: Solid veranstaltete zum Jahresauftakt die Party „Pogo gegen Patrioten“ mit mehreren Livebands und setzte damit ein Zeichen gegen Rassismus und Faschismus. Der Eintritt war frei, allerdings wurde um Spenden gebeten, die nun an antifaschistische Projekte und Flüchtlingsorganisationen gehen werden.

Tina Lange und Konstantin Gräfe

In dieser Ausgabe

INKS INFORMIERT

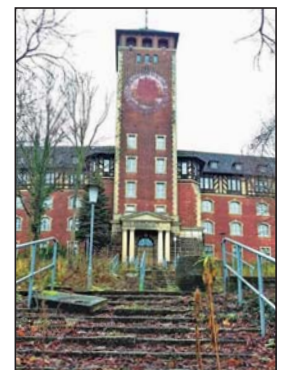
- 3 Unser Mann im Bundestag, Norbert Müller, berichtet über bundesdeutsche Kinderpolitik

NACHLESE/ERINNERUNGEN

- 4 Potsdamer Lebenswege literarisch betrachtet/ Gedenken an Karl und Rosa

FLÜCHTLINGE SIND WILLKOMMEN

- 5 Thesen nach der Kölner Silvesternacht/Besuche im Alten Landtag und in der Groti-anstrae



LINKS IM RATHAUS

- 6 Zukunft der „Biosphäre“ und der „Damaschke-Bank“/Neue Beigeordnete gesucht

SCHLAATZ/ WALDSTADT

- 7 Neue Kinder(h)orte in der Waldstadt/„Schatztruhe“ am Schlaatz

Informationen der Redaktion:

Die Ausgabe des Monats März erscheint am Dienstag, 1. März 2016. Im Mittelpunkt stehen hier Potsdam-Mitte und die Nördlichen Ortsteile. Redaktionsschluss ist am 19. Februar.

Die Redaktion

Kalenderblätter des Monats Januar



Erste „Grüne Woche“ in Berlin

Vom 20. bis zum 28. Februar 1926 präsentierten sich die Aussteller und Handwerker erstmals kompakt unter dem Funkturm auf 7.000 Quadratmetern den bereits mehr als 50.000 Besuchern. Größtes Exponat der ersten Schau war ein eisenbereifter Universalschlepper mit 100 PS. Das vier Meter hohe Ungetüm mit übermannsgroßen Rädern galt als ein Zeichen der beginnenden Mechanisierung in der Landwirtschaft.

Zu der damaligen Zeit wurde in der deutschen Reichshauptstadt übrigens selbst noch ein Fünftel des Grund und Bodens für Landwirtschaft und Gartenbau genutzt. Im Berliner Stadtgebiet gab es rund 45.000 Pferde, 25.000 Schweine, 21.000 Milchkühe und mehr als eine halbe Million Stück Geflügel. 200.000 Berliner besaßen einen Kleingarten.

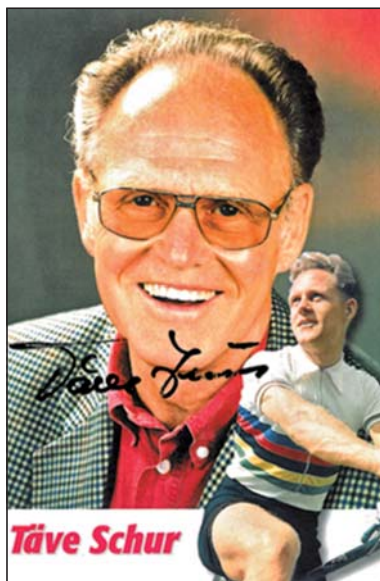


Plakat der 1. Grünen Woche 1926“



„Täve“ erblickt das Licht der Welt

Gustav-Adolf „Täve“ Schur wurde am 23. Februar in Heyrothsberge geboren. Der zweimalige Rad-Weltmeister der Amateure von 1958 und 1959 sowie zweimalige Sieger der Friedensfahrt 1955 und 1959 - des einst



Täve: „Der Mensch bewegt sich nicht weniger, weil er alt wird. Er wird alt, weil er sich weniger bewegt. Also beweg' dich!“

härtesten Amateur-Etappenrennens der Welt - ist noch heute der populärste Sportler der DDR: neunmal Sportler des Jahres - ein Rekord für die Ewigkeit - und Träger des Vaterländischen Verdienstordens in Gold mit Ehrenspange - ja, sogar ein Planetoid wurde ihm zu Ehren benannt. „Ich bin in der DDR aufgewachsen, und habe ihr die Treue bewahrt, auch wenn es heute ‚in‘ zu sein scheint, sich erst einmal für alles Mögliche zu entschuldigen, bevor man es wagt, Positives über die DDR zu sagen.“ Das bekennt er in seiner Autobiographie. „Täve“ war von 1958 bis 1990 Volkskammerabgeordneter für die FDJ, SED bzw. PDS. Von 1998 bis 2002 gehörte Schur der PDS-Fraktion im Deutschen Bundestag an.



Volles Mitbestimmungsrecht

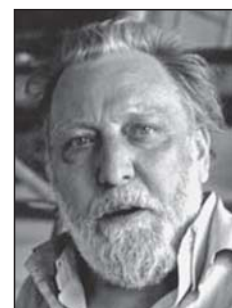
Am 3. und 4. Februar tagt die 1. Provinzialdelegiertenkonferenz Brandenburg des FDGB in Potsdam. Die 577 Delegierten fordern u.a. die Schaffung eines Betriebsrätegesetzes. Es sei „...notwendig, daß die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben durch in demokratischen Wahlen gebildete Betriebsräte ein volles Mitbestimmungsrecht erhalten und ausüben... Es muß den gesamten betrieblichen Wirtschafts- und Produktionsprozeß, wie Arbeitsplanung, Arbeitsausführung und Preisgestaltung, umfassen.“ Im Beschluss heißt es: „Im

FDGB und seinen Industriegewerkschaften haben die Mitglieder das uneingeschränkte Bestimmungsrecht. Es muß vor allem darin zum Ausdruck kommen, daß die leitenden Organe des FDGB und der Industriegewerkschaften in den Betrieben in Urwahl, in Orten, Kreisen und der Provinz auf Konferenzen von Delegierten der Mitglieder aus den Betrieben in geheimer, demokratischer Wahl gewählt werden müssen.“ Franz Moericke wird zum 1. Vorsitzenden gewählt. -rt



„Malerei, Grafik und Plastik“ im Staudenhof

In der Staudenhofgalerie findet vom 8. Februar bis zum 20. März die Ausstellung „Malerei – Grafik – Plastik“ in Vorbereitung auf den X. Parteitag der SED statt; von 34 Künstlern des Bezirkes Potsdam werden 80 Werke ausgestellt – u.a. von: Hans-Joachim Biedermann, Werner Gottsmann, Uwe Beckmann, Wolfgang Liebert, Christian Heinze, Barbara Raetsch, Harald Kretschmar. Bei der Eröffnung der Ausstellung sind anwesend: Günther Jahn, 1. Sekretär der Bezirksleitung Potsdam der SED, Christel Zillmann, Sekretär der Bezirksleitung Potsdam der SED, Wilhelm Bastian, Vorsitzender des Rates des Bezirkes, Dr. Friedhelm Grabe, Mitglied des Rates des Bezirkes, Arthur Czadzeck, Vorsitzender des Bezirksvorstandes Potsdam des FDGB, Brunhilde Hanke, Oberbürgermeisterin von Potsdam. Kurt-Hermann Kühn, Vorsitzender des Bezirksverbandes Potsdam der Bildenden Künstler, erklärt bei der Eröffnung: „Eine Danksagung an die Arbeiterklasse und an die Werktätigen



unseres Heimatbezirkes. Ein Dank auch an die Partei der Arbeiterklasse und das Sekretariat der SED-Bezirksleitung für die kameradschaftliche, konstruktive, und verständige sprich fördernde politische Arbeit mit uns Künstlern, für das uns gezeigte Vertrauen in einem Lande, wo Künstler geachtete Leute sind.“ („Märkische Volksstimme“, 09.02.1981)

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“ Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Sascha Krämer**, Vorsitzender. Dorststraße 53, 14467 Potsdam.
REDAKTION: medien punkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
 „PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Die Kinderkommission – Anwältin der Kinder

Von Norbert Müller (MdB/DIE LINKE),
ab 2016 Vorsitzender der Kinderkommission des Bundestages

Am 13. Januar 2016 habe ich den Vorsitz der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder, kurz Kinderkommission oder auch KiKo genannt, übernommen. Die Kinderkommission wurde 1988 als parlamentarische Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche eingerichtet und ist ein Unterausschuss des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Jede Fraktion im Deutschen Bundestag entsendet eine oder einen VertreterIn in die Kinderkommission, die damit in der 18. Legislaturperiode aus vier Abgeordneten besteht. In der Kinderkommission gelten ganz besondere Regeln. Alle Mitglieder der Kinderkommission haben gleiche Stimm- und Rederechte, sodass Erklärungen oder Stellungnahmen entgegen klassischer parlamentarischer Verfahren nicht mehrheitlich, sondern im Konsens gefunden werden. Dies macht die Kinderkommission beinahe zu einem überparteilichen Gremium. In der Kommission wechselt der Vorsitz in etwa alle zwölf Monate in der Reihenfolge der Fraktionsgröße. 2016 ist DIE LINKE mit mir als Kinder- und Jugendpolitischem Sprecher an der Reihe den Vorsitz zu übernehmen.

Kinder und Jugendliche sind ganz besondere Mitglieder unsere Gesellschaft. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen, sie haben durch die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen eigene international anerkannte Rechte. Die Aufgabe der Kinderkommission ist es, diese Rechte, konkrete Interessen und Anliegen von Kindern und Jugendlichen in der parlamentarischen Arbeit umfassend zu berücksichtigen. Als Anwältin von Kindern und Jugendlichen ist die Kinderkommission zudem Ansprechpartnerin für Eltern, Verbände und Kinderorganisationen.



Die Schwerpunkte meiner Vorsitzezeit werden sein:

1. Bundeswehr in Schulen und Kindertagesstätten

Kaum eine Ausbildungsmesse ohne Bundeswehrstand; ab der 9. Klasse werben Jugendoffiziere in Schulen; jährlich beginnen 1.200 minderjährige Rekruten bei der Bundeswehr ihre militärische Ausbildung; millionenschwere Image- und Rekrutierungskampagnen: Nicht erst seit der Abschaffung der Wehrpflicht versucht die Bundeswehr durch Informationsveranstaltungen und gezielte Kampagnen junge Menschen für den Dienst an der Waffe zu gewinnen. Die Kinderkommission wird sich der Frage stellen, in welchem Umfang und mit welchen Auswirkungen die Bundeswehr junge Menschen umwirbt, militarisiert und rekrutiert.

2. Kinderarmut

Jedes fünfte Kind in Deutschland ist arm. Es werden nicht mehr arme Kinder, aber auch nicht weniger. In einem der reichsten Länder der Welt wachsen seit Jahrzehnten 20% aller Kinder unter den Bedingungen konkreter Armut auf.

Politik muss Wege finden, Kinderarmut

zu überwinden. Armut bedeutet nicht nur zu wenig Geld in der Tasche. Arme Kinder lernen schlechter, treiben weniger Sport, sind seltener in Vereinen aktiv, leben weniger gesund und beteiligen sich seltener an Entscheidungen, die sie selbst betreffen. Arme Kinder werden zu armen Erwachsenen, die wiederum häufiger arme Kinder bekommen. In fünf Anhörungen wird die Kinderkommission analysieren, wer von Kinderarmut betroffen ist, ob Kinderarmut eine Folge der ungleichen Vermögensverteilung und des selektiven Bildungssystems ist, welche Folgen Kinderarmut für die Betroffenen hat und welche Möglichkeiten es gibt, Kinderarmut zu überwinden.

3. Kinder- und Jugendhilfe

Unter dem Vorzeichen des neoliberalen schlanken Staates wurde in den letzten 20 Jahren ein massiver Abbau sozialstaatlicher Leistungen vollzogen, wodurch sich weite Teile der Kinder- und Jugendhilfe und des allgemeinen sozialen Dienstes am Rande des Kollapses bewegen. Gemeinsam mit FachvertreterInnen wird die Kinderkommission eine Bestandsaufnahme der Situation in den Jugendämtern und in den allgemeinen sozialen Diensten erarbeiten. Zu den konkreten Themen gehören auch Inobhutnahmen, geschlossene Unterbringungen und Auslandsverbringung von Kindern- und Jugendlichen. Aber auch die Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, der Umgang der Jugendhilfe mit neofaschistischen Jugendlichen und die Situation der Sozial- und Erziehungsdienste wird umfassend thematisiert.

Nicht nur im Bundestag in Berlin, sondern auch vor Ort werde ich mit Kindern, Jugendlichen und Interessierten über diese politischen Schwerpunkte diskutieren. Für interessierte Nachfragen und Anregungen bin ich und ist mein Team schon jetzt dankbar.

Kinderarmut bleibt sozialpolitisches Hauptproblem in Deutschland

Am 11. Januar hat das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung ihren Verteilungsmonitor zum Thema Kinderarmut in Deutschland vorgestellt. Das WSI kommt zu dem Schluss, dass die Armutsgefährdungsquote von Kindern in den letzten zehn Jahren überwiegend rückläufig ist. Im Jahre 2005 galten in der Bundesrepublik nach den Daten des Mikrozensus 19,5 Prozent der Kinder als von Kinderarmut gefährdet. Im Jahre 2014 lag diese Quote bei 19 Prozent. Über einen Zeitraum von zehn Jahren ging das Risiko, von Armut bedroht zu werden bei Kindern um 0,5 Prozentpunkte zurück. Allerdings lag die Gefährdungsquote im Jahre 2010 bei lediglich 18,2 Prozent.

Die Ergebnisse der Studie zeigen insgesamt keine nennenswerten Erfolge im Kampf gegen Kinderarmut in Deutschland. Die Entwicklung seit 2010 spricht eine eigene Sprache. So ist in den letzten 5 Jahren eine Zunahme der Kinderarmut zu beobachten. Besonders deutlich wird dies bei der Betrachtung der absoluten Zahlen an von Armut bedrohten Kindern. Trotz der insgesamt abnehmenden Anzahl an Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren gab es in den alten Bundesländern im Jahr 2014 ca. 45.000 Kinder und Jugendliche mehr, die von Armut bedroht waren, als im Jahr 2010. In den neuen Bundesländern waren es 44.000 mehr.

Diese Entwicklung ist insgesamt erstaunlich, da seit 2010 die Wirtschaft wächst und die Anzahl an Beschäftigten massiv zugenommen hat.

Ein Mehr an Beschäftigung und Wirtschaftswachstum alleine ist also nicht ausreichend, um die sozialen Gegensätze insoweit zu reduzieren, als dass die Kinderarmut abnimmt. Hier ist politisches Handeln gefragt.

DIE LINKE fordert deshalb den Umbau des Solidaritätsfonds ab 2019 zu einem Fonds für strukturschwache Regionen, um die regionalen Verwerfungen strukturell reduzieren zu können. Um Kinderarmut effektiv zu begegnen, ist es notwendig, den Mindestlohn ohne Ausnahmen auf zehn Euro anzuheben, die Ausgaben in der Sozial- und Bildungsinfrastruktur sowie der Kinder- und Jugendhilfe zu erhöhen und die monetären Sicherungsleistungen auf ein armutsfestes Niveau anzuheben.

Norbert Müller (MdB, DIE LINKE)/gek.

Landesgruppe Brandenburg der Partei DIE LINKE

Jedes Jahr richtet sich der Red-Hand-Day mit seiner Roten-Hand-Aktion gegen den Einsatz von Kindern in Kriegen. Als Symbol steht die „rote Hand“ als „Nein“ zur Rekrutierung und zum Einsatz von Kindersoldaten.

Norbert Müller (MdB/DIE LINKE), Vorsitzender der Kinderkommission des Deutschen Bundestages, dazu: „Der Red-Hand-Day sollte Anlass sein, nicht nur auf Kindersoldaten in Bürgerkriegsländern zu verweisen.



im Bundestag unterstützt den Red-Hand-Day

Die Bundeswehr selbst rekrutiert ganz selbstverständlich 17jährige für den Dienst an der Waffe.

Sie wirbt an Schulen, auf Ausbildungsmessen und an Unis – und geht selbst Kooperationen mit Kitas ein. Die Enttabuisierung des Militärischen, von Krieg und Waffen wird gezielt bei Kindern und Jugendlichen betrieben, auch um die Personalklemme der Bundeswehr seit Abschaffung der Wehrpflicht zu beheben.“

„Geschichte für die Zukunft“

Film, Musik und Beiträge zur Biografieforschung in Erinnerung an den Antifaschisten Otto Wiesner

Vor 10 Jahren – am 1. Februar 2006 – verstarb Otto Wiesner – Zeitzeuge und Akteur der Zeitgeschichte, Schriftsteller, Kommunist, Ehrenbürger Potsdams, ehemaliger Mauthausenhäftling, glühender Antifaschist, beliebter Lehrer bei der jungen Generation im Kampf gegen alte und neue Nazis.

Otto Wiesner konnte Ergebnisse des von ihm maßgeblich mitinitiierten Jugend-Ausstellungsprojekts «Im Tod lebendig. Erinnern heißt handeln» zur Geschichte des ehemaligen KZ Mauthausen und zu Biografien ehemaliger Mauthausenhäftlinge nicht mehr miterleben. «Im Tod lebendig» ist aber ein Work-in-Progress-Projekt, in dem bis heute bundesweit und international Jugendliche Biografien ehemaliger Mauthausenhäftlinge erforschen. Zu Ehren Otto Wiesners werden in einem Gemeinschaftsprojekt von Rosa-Luxemburg-Stiftung, Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg und dem Deutschen Mauthausen Komitee Ost neue Ergebnisse dieses Projekts vorgestellt.

VORMERKEN: Sonnabend, 13.02.2016, 11.00 Uhr bis 17.00 Uhr in der URANIA „Wilhelm Foerster“ Potsdam e. V., Potsdam, Gutenbergstr. 71-72, 14467 Potsdam.

„[...] dass wir nicht immer dagegen sprechen, sondern auch etwas dagegen tun, halte ich für notwendig, sonst bleiben wir immer auf dem selben Fleck und sitzen stur ohne das sich etwas ändert. [...] Es kommt auf den Menschen an, wie er immer gelebt, gestrebt und gehandelt hat.“ (Otto Wiesner)



Otto Wiesner, 2005 Foto: Marcus Pilarski

Zwei spannende Lebenswege in Potsdam

Literarisch betrachtet: Nazimusiker „Herms Niel“ und Aufbauhelfer Otto Wiesner
Von Harald Herzel

Zwei literarische Werke haben es mir angetan: Beide verorten ihre Helden in Potsdam, beide zeigen menschliches Handeln in den finstersten Zeiten Deutschlands und unmittelbar nach der Befreiung vom Faschismus. Beide fordern den Leser zur Stellungnahme auf und sind angesichts der Gefährdung der Humanität in der Gegenwart hochaktuell:

Herms Niel: „Es ist so schön Soldat zu sein“

In „Niel“ beschreibt der Musikwissenschaftler Thomas Freitag das Wirken des populären Nazi-Liedermachers Hermann Nielebock, genannt Herms Niel. Als Kapellmeister beim Reichsarbeitsdienst und Leiter des in Golm stationierten Reichsmusikzugs schuf der leidenschaftliche Militärmusiker Lieder wie „Rosengarten von Sanssouci“ und die „Annemarie Polka“. Mit seinen Nazi-Märschen „Es ist so schön, Sol-



dat zu sein“, dem „Englandlied“ und „Es blitzen die stählernen Schwingen“ zogen deutsche Soldaten durch die Paradestraße am Neuen Palais, die Kaserne in Eiche und später in den Tod.

Freitag hat gründlich recherchiert und bringt uns den Ur-Musiker mit dem fiktiven Report der Ehefrau, Helene Niel, nahe. Er entwirft das Bild eines Arbeiterkindes aus einfachen ländlichen Verhältnissen, das es als hochbegabter Komponist zu Ruhm, Ansehen und großer Beliebtheit bringt. Der Karriere wegen lässt er sich für die Nazi-Propaganda ausnutzen. Seinem Vater schreibt er später, das Volk habe „kaum gewusst, was ein KZ-Lager ist“ und dass „wir uns schämen“ müssen, wenn das alles wahr sei. Diese Naivität ist aus heutiger Sicht kaum zu ertragen. Auf dem Friedhof in Eiche ruht Helene Niel – an der Seite ihrer beiden Ehemänner. Diese tragische Lebensgeschichte ist spannend erzählt. Freitags Anmerkungen und Kommentare zum Nazi-Liedgut helfen, dieses Kapitel deutscher Geschichte aufzuarbeiten.

Otto Wiesner: „Ein Unerwünschter kehrt zurück“

Ganz anders ergeht es Otto Wiesners autobiografischer Hauptfigur Alois Gerber in „Ein Unerwünschter kehrt zurück“. Der Schriftsetzer, ehemalige Jugendfunktionär der KPD und Illegale, kommt nach jahrelanger KZ-Haft auf Quartiersuche zu Fuß durch die Ruinenstadt Berlin über die zerstörte Glienicker Brücke in die Trümmerstadt Potsdam zurück – an Stadtkanal, Nauener Tor und Gontardstraße entlang. Man muss sich aber auf das literarische Gesamtwerk Wiesners einlassen, um Gerbers Lebensweg, vor allem als Kämpfer



gegen den Faschismus und als KZ-Häftling in Mauthausen und Sachsenhausen, nach-erleben zu können. Detaillierte Schilderungen des Kampfes der illegalen Häftlingsorganisation und der SS-Hierarchie fügen sich zu einem packenden und emotional sehr berührenden Gesamtbild. In Potsdam erleben wir, wie der Jugendfunktionär Gerber als Aktivist der ersten Stunde wirkt. Aus erster Hand und mit einer Prise Humor schildert Wiesner den energisch betriebenen Neubeginn historischer Akteure wie Dahlem, Leuschner, Honecker und Ulbricht. Der Leser erlebt den schwierigen Aufbau einer neuen demokratischen Verwaltung mit, die Rolle der sowjetischen Kulturoffiziere und den Konflikt zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Er erfährt auch, wie Gerber als Mittdreißiger in Potsdam endlich der Liebe begegnet. Lebendige Geschichtsdarstellung, die sehr zu empfehlen ist.

Potsdamer Gedenken an Luxemburg und Liebknecht

Vor hundert Jahren wurde Karl Liebknecht aus der SPD-Reichstagsfraktion ausgeschlossen. Einige Tage zuvor, am 1. Januar 1916, hatte die „Gruppe Internationale“ die

von Rosa Luxemburg in der Haft verfassten „Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie“ als ihr Programm angenommen. Damit war die Ab-

spaltung der zunächst innerparteilichen Opposition von der SPD besiegelt.

Der 100. Jahrestag der Annahme der „Leitsätze“ in Zeiten neuer und andauernder Kriege war auf den traditionellen Gedenkveranstaltungen zur Ermordung von Karl und Rosa u. a. auch Anlass, die konsequente internationalistische und pazifistische Haltung der sozialistischen Oppositionellen und ihrer führenden Köpfe Luxemburg und Liebknecht zu ehren.

Zahlreich folgten PotsdamerInnen am 17. Januar 2016 der Einladung der Potsdamer LINKEN in den Neuen Lustgarten zum Denkmal „Herz und Flamme der Revolution“ (FOTO). Bereits am 15. Januar, dem Jahrestag der Ermordung der beiden Sozialisten, fand in der Hegelallee 28 eine Gedenkveranstaltung statt.



Alter Landtag am Brauhausberg – Unterkunft für Geflüchtete

Mit einem Tag der offenen Tür haben der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Potsdam e.V. als Betreiber und die Landeshauptstadt Potsdam am 21. Dezember 2015 Einblicke in die neue Unterkunft für Geflüchtete im alten Landtag auf dem Brauhausberg gegeben. Die Unterkunft wurde einen Tag später eröffnet, 72 Geflüchtete wurden erwartet. Der Standort wird in den kommenden Monaten schrittweise erweitert und dann mit bis zu 470 Menschen belegt. „Wir haben das Gebäude für drei Jahre bis Ende 2018 gemietet“, sagte Elona Müller-Preinesberger, Beigeordnete für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung der Landeshauptstadt. Es war die achte Eröffnung einer Gemeinschaftsunterkunft mit mehr als 45 Plätzen in vorigen Jahr.

Am Tag der offenen Tür im alten Landtag unterwegs: Anita Tack (Mdl).



Zehn Thesen zu Debatten um die Kölner Silvesternacht

1. Die Empörung über die sexuellen Übergriffe am Silvesterabend in Köln ist von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Chauvinismus getrieben. Sie speist sich zudem aus dem letztlich gleichen Frauenbild, das sie zu verurteilen meint.

2. Eine öffentliche Empörung über sexuellen Missbrauch, angefangen bei sexualisierter Darstellung von Frauen bis hin zu sexueller Gewalt, hielt sich bislang in Grenzen. Wenn nun jedoch Migranten und mutmaßlich Asylbewerber zu den Tätern zählen, kocht die Empörung hoch und entspringt somit nicht einem Verständnis für die Schwere der Tat, sondern der Tatsache, dass es „Fremde“ waren, die „unsere“ Frauen sexuell missbraucht haben.

3. Diese Einstellung findet sich nicht nur bei Rechtspopulisten von Pegida und AfD, die gern propagieren, „Ausländer nähmen unsere Frauen weg.“ Sie ist vermutlich auch eine wesentliche Triebkraft für den aktuellen Gesetzesvorstoß, die Strafen für Sexualdelikte zu verschärfen. Schließlich erfolgt dieser im Kontext der Ereignisse in Köln und entspringt somit nicht originär einem Verständnis für die Schwere der Delikte.

4. Die Ereignisse der Silvesternacht werden für die Flüchtlingsdebatte instrumentalisiert. Das gipfelt letztlich in zwei Fragen. Soll Flüchtlingen, die straffällig werden,

das Asylrecht verweigert werden und wie lässt sich dies im Rahmen geltender Werte und Normen bewerkstelligen?

5. Der Vorschlag Sigmar Gabriels, straffällige Asylbewerber in ihren Heimatländern bestrafen zu lassen, ist Ausdruck seines irigen Verständnisses für die Werte und Normen unserer Gesellschaft. Die Forderung bedeutet, dass sich Flüchtlinge um den Preis der Bestrafung an Normen halten müssen, nicht jedoch in den Genuss der Werte kommen sollen. Das von humanistischen Werten wie Menschenwürde geformte Strafrecht, das Folter und Todesstrafe überwunden hat, soll somit in Gabriels Augen nicht für alle Menschen gelten.

6. Auch eine quantitative Beschränkung der Zuwanderung, um potentiell oder tatsächlich kriminelle Personen auszuschließen, ist keine Lösung auf der Basis unserer Grundwerte, da nicht-kriminellen Zuwanderern pauschal das Asylrecht verweigert werden würde.

7. Konsequenter Weise muss die Gesellschaft straffällige Zuwanderer aushalten und auf Grundlage geltender Gesetze bestrafen. Nur das hieße, dass wir unsere eigenen Wertvorstellungen und Normen wirklich ernst nehmen und verinnerlicht haben.

8. In der Debatte um Integration ringen zwei grundsätzlich verschiedene Vorstel-

lungen von derselben um die Deutungshoheit. Die eine fordert einseitig Anpassung von den Gästen, während die andere die Gastgeber in der Pflicht sieht, für möglichst gute Bedingungen zu sorgen. Für erstere resultieren die Probleme aus den vermeintlich abweichenden Normvorstellungen der Zuwanderer, an die sie sich nicht anpassen wollen oder können. Zweitere sieht die Lebensumstände der Asylbewerber, die häufig mit Frustration und Perspektivlosigkeit einhergeht, als vorrangige Ursache für die Probleme in der Integration.

9. Beide Ansätze nehmen die Zuwanderer jedoch nicht als gleichberechtigte Akteure der Integration wahr. Integration bedeutet aber sowohl Anpassung an die aufnehmende Gesellschaft als auch die Bereitschaft und den Willen der aufnehmenden Gesellschaft zur eigenen Veränderung.

10. Die Konflikte und Probleme im Integrationsprozess, können Anlass für die Aufdeckung innerer Widersprüche der Gesellschaft sein. Dialektisch verstandene und gelebte Integration kann diese überwinden.

Entnommen aus: „Besitzstandswahrung im Affekt – Debatten nach der Kölner Silvesternacht“ – von Christian Wienert (den kompletten Text finden Sie unter: www.die-linke-potsdam.de)

Willkommen in Stern-Drewitz- Kirchsteigfeld

Es hatte sich schnell herumgesprochen, dass es neue Mitbewohner in diesem Stadtgebiet, besonders in der Grotianstraße, gibt: Menschen, darunter viele mit ihren Kindern, die vor Terror, Bombenabwürfen und Maschinenwaffen, aus ihrer Heimat fliehen mussten, um nicht Opfer dieses Terrors zu werden. So war man sich in der Leitung des Ortsverbandes DIE LINKE S_D_KSF sofort einig, diese neuen Mitbewohner nett willkommen zu heißen. Begeisterung fand die Idee auch bei der Leitung des Bürgerhauses „Stern*Zeichen“, die das Haus als Begegnungsstätte zur Verfügung stellte. Der Kontakt mit der Leitung des Trägers in der Grotianstraße war ebenfalls fix und unbürokratisch hergestellt. So konnte das Nachbarschaftstreffen am 15.12.2015 stattfinden. Die Mitarbeiterinnen des Bürgerhauses hatten den Gastraum geschmückt, die Tafeln waren reich gedeckt. Begleitet durch Mitarbeiter des Internationalen Bundes, die bei der Integration unserer neuen Mitbewohner Unterstützung geben,



wurde es eine große Runde. Allein ca. 15 kleine Kinder kamen mit ihren Eltern. Für die Kinder hatte die Ortsgruppe der Volkssolidarität 53 für jeden eine Tasche mit Überraschungen vorbereitet, die reißen den Absatz mit strahlenden Kinderaugen fanden.

Die Leiterin des Bürgerhauses stellte ihr Haus vor und lud die Gäste ein, ihrerseits die Möglichkeiten des Hauses zu nutzen. Bei der Sicht der kleinen Küche kam spontan das Angebot: Der nächste Abend von uns mit Speisen aus unserer Heimat, so die Nachbarn von nebenan. Dieser Kontakt war nicht der letzte.

Dieter Scharlock

Damaschke-Bank wird saniert

Am 14.11.2015 vor 150 Jahren wurde der seinerzeit deutschlandweit bekannte Pädagoge und Bodenreformer Adolf Damaschke geboren. Der heute weitestgehend unbekanntere Damaschke hatte besonders im Kampf gegen Bodenspekulation mit seinen sozialen Ideen das politische Denken und Handeln seiner Zeitgenossen stark beeinflusst. In Potsdam erinnern die Damaschke-Bank an der Heinrich-Mann-Allee Ecke, Waldstraße und der nach Damaschke benannte Weg an den Reformier.

Heutige Bewohner der Siedlung Eigenheim haben darauf aufmerksam gemacht, dass dieses Denkmal gravierende bauliche Schäden aufweist, die eine grundlegende Reparatur des Denkmals erforderlich macht. Das Anliegen haben wir aufgenommen und die Verwaltung gefragt, welche Möglichkeiten sie sieht, die Bank vor der Gefahr ihres Verfalls zu bewahren. Die Antwort lautete: Die bei den einmal jährlich durchgeführten Inspektionen festgestellten Mängel werden beseitigt, notwendige Wartungs- und Sicherungsarbeiten durchgeführt. Der Fraktion zur Verfügung gestellte Aufnahmen sprechen da eine ganz andere Sprache. Jetzt hilft der „Kommissar Zufall“: Anfang Dezember 2015 wurde die Bank Opfer eines Unfalls und dabei stark beschädigt. Die Bank wird nun mit den Versicherungsgeldern doch grundhaft saniert. Das hat uns die Verwaltung unaufgefordert mitgeteilt.

Die Fraktion hat sich eines weiteren Anliegens der Bewohner der Siedlung angenommen. Sie haben, in Würdigung



der Verdienste von A. Damaschke und aus Anlass der 150. Wiederkehr seines Geburtstages im Jahr 2015 die Anbringung einer Zusatztafel am Straßenschild „Damaschkeweg“ (Ecke Heinrich-Mann-Allee) angeregt. Einen entsprechenden Antrag hatte die Fraktion für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 27. Januar 2016 eingereicht.

Wir möchten uns ganz besonders bei dem Architekten Herrn Dipl.-Ing. Reinhard Gassong für seine fachliche Unterstützung in diesem Zusammenhang bedanken.

Wenn Sie mehr über die Geschichte der Siedlung Eigenheim und das Leben und Wirken von A. Damaschke erfahren möchten, hier noch ein Buchtipp: Die Siedlung Eigenheim in Potsdam: Vom Wandel eines Zeitzeugnisses der Bodenreformbewegung um Damaschke. (ISBN/EAN 9783923830824)

Sigrid Müller

Nutzung der Biosphäre nach 2017 zeichnet sich ab

Im Rahmen der BUGA 2001 wurde im Bornstedter Feld eine Blumenhalle gebaut. Diese Halle wurde dann umgestaltet und ist seit September 2002 die „Biosphäre“. Der Bau der Halle kostete 29 Mio. € und wurde mit 21,5 Mio. € vom Land gefördert. Daraus ergibt sich auch die zweckgebundene Betreuung der Halle bis 2017 als Tropenhalle.

Über die Jahre hat sich die Betreuung der Tropenhalle als Zuschussgeschäft erwiesen. 1,5 bis 1,7 Mio. € fließen dafür jährlich aus dem Stadthaushalt. Aus diesem Grund hat die Stadtverordnetenversammlung 2014 den Auftrag ausgelöst, Varianten der Nachnutzung der Halle prüfen zu lassen. Im Ergebnis der Prüfung wurden folgende Möglichkeiten der weiteren Nutzung vorgestellt.

1. Modifizierte Tropenhalle
2. Vergabe des Betriebes der Halle an einen Investor
3. Einrichtung einer Kita, einer Jugendfrei-

zeit- und einer Senioreneinrichtung

4. Einrichtung einer Gesamtschule, einer Jugendfreizeiteinrichtung und einer Dreifeld-Sporthalle

5. Abbruch und Verkauf der Halle

Nach Beratung im Hauptausschuss im Januar 2015 wurden die Varianten 1, 3 und 5 als auf ihre technische und wirtschaftliche Machbarkeit weiter zu prüfende Maßnahmen ausgeschlossen.

Die weitere Suche nach einem Investor, der die Halle, mit welcher Nutzung auch immer, weiter betreibt (Variante 2) hat sich erneut als erfolglos erwiesen. In der Sitzung des Hauptausschusses am 06.01.2016 wurde verabredet, die verbleibende Variante 4 weiter zu verfolgen. Die Verwaltung hat in Aussicht gestellt, dass es März diesen Jahres einen Beschlussvorschlag zur Nachnutzung der Biosphäre als Gesamtschule für ca. 900 Schüler, Jugendfreizeiteinrichtung mit etwa 100 Plätzen

und Sporthalle mit ca. 1835 m² Nutzfläche geben wird. Im März liegen dann auch belastbare Zahlen zu den Kosten der Sanierung der Gebäudehülle und des notwendigen Umbaus vor. Momentan wird von einer Summe von 26,6 Mio. € ausgegangen, die aus dem Treuhandvermögen aufgebracht werden müssten. Wie hoch die Betriebskosten sein werden, wird auch bis dahin zu ermitteln sein.

Obwohl mit der Einrichtung einer Gesamtschule in der „BUGA“-Halle nach vorliegenden Planungen eine Konzentration von Schulstandorten im Norden der Stadt einher geht – nur 200 Meter entfernt wird bereits die Leonardo-da-Vinci-Gesamtschule gebaut, steht DIE LINKE diesem Vorhaben nicht ablehnend gegenüber. Sowohl eine Jugendfreizeiteinrichtung als auch eine ordentliche Sporthalle werden in dem Stadtgebiet dringend gebraucht.

Sigrid Müller



Zwei neue Beigeordnete gesucht

Das Jahr 2016 hat mit einem Paukenschlag begonnen. Gleich am ersten Montag hat der Oberbürgermeister die Fraktionsvorsitzenden in einem kurzfristig anberaumten Gespräch informiert, dass die langjährige Sozialbeigeordnete Frau Müller-Preinesberger Mitte des Jahres ausscheiden und in den vorzeitigen Ruhestand gehen wird. Diese Nachricht war nicht zuletzt deshalb überraschend, weil Frau Müller-Preinesberger ihr Amt mit viel Energie, mit hoher fachlicher Präzision und auch mit enormem persönlichem Engagement ausgeübt hat. Ich hatte zu keinem Zeitpunkt den Eindruck, dass sie ihre Arbeit widerwillig ausgeführt hätte, sondern eher im Gegenteil. Charakteristisch für sie ist auch eine hohe Durchsetzungsfähigkeit. Das war in vielen Fällen

gut für die Stadt. Wir hatten aber auch manche lange und harte Auseinandersetzung, so z.B. zur Straßenreinigungssatzung und dem berüchtigten Frontmetermaßstab oder zum Tierheimneubau. Hier haben wir uns nichts geschenkt und zum Schluss eine gute Lösung gefunden.

Damit stehen in diesem Jahr zwei Neubesetzungen in der Rathausspitze an, denn auch die Stelle des abgewählten Baubeigeordneten Mathias Klipp ist vakant. Das weckt offensichtlich Begehrlichkeiten bei den Fraktionen der Rathauskooperation, denn Herr Klipp war auf das Ticket der Grünen ins Rathaus eingezogen. An der Spitze der SPD-Fraktion gibt es offensichtlich Interesse am Stuhl der Sozialbeigeordneten. Die Linksfraktion wird sich dafür

einsetzen, dass die Auswahl und die Wahl ausschließlich nach der fachlichen und persönlichen Eignung erfolgen. Schließlich handelt es sich dabei um wichtige Schlüsselstellungen, die wesentlich die Qualität der Verwaltungsarbeit bestimmen. Eine Reduzierung auf egoistische Interessen von SPD, CDU und Grünen lehnen wir strikt ab. Erbhöfe sollte es nicht geben. Diese Funktionen sind zu wichtig, um sie als Lohn für parteipolitische Verdienste oder für Bündnistreue zu missbrauchen. Alle Potsdamerinnen und Potsdamer sind letztlich an der Finanzierung dieser Spitzenämter beteiligt und haben einen Anspruch auf eine hochqualifizierte Besetzung der Beigeordnetenstellen.

Hans-Jürgen Scharfenberg

Neue Kinder(h)orte

Alte und neue Standorte in der Waldstadt auf dem Prüfstand – Zuwachs vor allem an jungen Familien

Die Schulen und Kitas weisen schon seit Jahren darauf hin - in der Stadtverwaltung hingegen werden die Zeichen der Zeit erst jetzt langsam erkannt: auch hier im Wohngebiet gibt es erfreulicherweise einen deutlichen Zuwachs an jungen Familien - und damit auch Kindern, die einen Schul- und Hortplatz benötigen.

Akut wird das Problem bereits im Sommer in der Waldstadt-Grundschule. Seit Jahren kämpfen Eltern, Schulleitung und der Hortbetreiber AWO bereits gemeinsam um eine neue Lösung für die 120 Hortkinder der Raselbande, die mit einer Ausnahmegenehmigung im Seitenflügel der Schule untergebracht sind. Und seit Jahren werden sie immer wieder vertröstet. Zum neuen Schuljahr wächst die Schule um ca. 100 neue ABC-Schützen und wird auch die Räume im Anbau komplett für den Schulbetrieb benötigt.

Aus dem Zuwachs ergeben sich auch bis zu 50 zusätzliche Hortkinder. Es muss also bis zum September eine neue Bleibe für ca. 170 Kinder gefunden werden, für die bisher keine Vorsorge getroffen ist.

Schule und AWO favorisieren eine naheliegende Lösung. Auf der Fläche der seit mehreren Jahren ungenutzten Kita „Max und Moritz“ soll ein Turnhallenneubau entstehen, denn auch die alte Schulturnhalle ist den neuen Schülerzahlen nicht mehr gewachsen. Anschließend soll die jetzige Turnhalle einem Hortneubau weichen. Diese Variante wird von der Verwaltung gegenwärtig auf ihre Machbarkeit untersucht.

Das heißt aber eben auch, dass es erneut für mehrere Jahre Provisorien wird geben



müssen. Schule und Hort favorisieren hier eine „Containerlösung“ ebenfalls auf dem „Max und Moritz“-Gelände. Außerdem im Gespräch sind 20 Plätze im Kita-Neubau der AWO am Kahleberg und auch eine vorübergehende Nutzung von Räumen im Seniorenheim „Käthe Kollwitz“ käme für bis zu 36 Kinder in Frage. Für die Grundschule im Ganztagsbetrieb ist dabei vor allem eines wichtig: Wenn schon ein Provisorium für längere Zeiträume erforderlich ist, dann sollen die betroffenen Kinder nicht noch über viele verschiedene Einrichtungen verteilt werden und es sollte sich in Schulnähe befinden, damit eine Teilnahme der betroffenen Kinder an den Nachmittagsangeboten möglich bleibt.

Weitsichtige Planung sieht anders aus.

Wie sich die Schülerzahlen in der Friedrich-Wolf-Straße entwickeln, ist bereits seit mehreren Jahren bekannt. Lange Zeit hatte sich die Verwaltung aber darauf ausgerichtet, Kinder auch noch an der Fontane-Schule unterbringen zu können. Doch auch die ist mittlerweile voll besetzt. Und an allen Standorten wird außerdem mit zusätzlichen Kindern aus den verschiedenen Flüchtlingsunterkünften im Umfeld geplant.

In einem Spitzengespräch am 26.1. mit Jugendamt, Schulverwaltung und KIS sollte nunmehr eine Lösung erarbeitet werden. Es wird auch höchste Zeit!

Stefan Wollenberg
Bildungspol. Sprecher der Stadtfraktion
und Vors. der Schulkonferenz der
Waldstadt-Grundschule

„Schatztruhe“ für Bedürftige am Schlaatz

Auch in der vermeintlich gut situierten Landeshauptstadt steigt die Zahl der Bedürftigen. Für Kleidung und Wohnungsdeko fehlt oft das Geld. In einem neuen Laden der Arbeiterwohlfahrt im Schlaatzer Erlenhof können Menschen mit wenig Geld künftig umsonst shoppen.

Die Potsdamer Arbeiterwohlfahrt (Awo) eröffnet demnächst im Erlenhof im Stadtteil Schlaatz einen Spendenladen. Einen Namen gibt es auch schon: Schatztruhe. „Wir bekommen so viele Spenden, die wir gar nicht sofort verteilen können“, sagt AWO-Geschäftsführerin Angela Ba-

sekow. In dem Laden sollen neben Kleidung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene auch kleinere Einrichtungsgegenstände angeboten werden. „Alles, was das Zuhause etwas schöner macht“ können sich Bedürftige kostenlos im Laden abholen, der voraussichtlich immer montags bis freitags geöffnet sein wird.

Die Idee sei ihr unter anderem beim Blick in Flüchtlingsheime gekommen, erklärt Basekow. Die Zimmer sind meist sehr karg nur mit Betten, Tischen und Schrank eingerichtet. „Eine Gardine oder ein Wandbild machen die Unterkunft wohnlicher und persönlicher“, so Base-

kow. Aber nicht nur Flüchtlingen steht das Geschäft im Erlenhof offen. Egal ob Hartz-IV-Empfänger oder alleinerziehende Mutter mit Mini-Einkommen – jeder, der bedürftig ist, kann in der Schatztruhe stöbern. Waschmaschinen stehen bereit, so dass die gespendeten Textilien frisch und duftend in die Regale wandern. Die Aktion Mensch fördert das Projekt für drei Jahre und bezuschusst drei Personalstellen und die Miete. Zur Betreuung des Ladens werden aber auch noch Ehrenamtler gesucht. Freiwillige Helfer können sich bei der Ehrenamtsagentur melden unter 0331/60097927. red/dpa

Potsdam statistisch weiter in einigen Bereichen bundesweit Spitze

Oberbürgermeister Jann Jakobs hat Anfang Januar 2016 den Bericht zum statistischen Vergleich der Landeshauptstädte 2014 vorgestellt. Damit ist der Bericht das 20. Mal erschienen. Potsdam nimmt dabei einmal mehr eine herausragende Rolle ein. Vor allem bei der Unterbringung von Kindern in Betreuungseinrichtungen und den neu gebauten Wohnungen (jeweils 1. Platz), bei der Geburtsrate, den Eheschließungen und Studierendenzahlen (jeweils 2. Platz) sowie dem Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (3. Platz) ist Potsdam bundesweit in der Spitzengruppe.

Das Wachstum Potsdam ist seit nunmehr 16 Jahren stabil. Ende 2014 lebten 163.668 Einwohner in der Landeshauptstadt. Derzeit (31. Dezember 2015) leben nach vorläufigen Berechnungen in Potsdam 167.479 Einwohner. Diese Entwicklung wird insbesondere durch die guten demographischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in Potsdam unterstützt. Außerdem wirkte es sich aus, dass 2015 die Zahl der ausländischen Einwohner deutlich um 1.239 Personen (davon 670 aus Europa) zugenommen hat, so dass nun 9.856 Ausländer in Potsdam leben.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Erwerbstätigen im Jahr 2012 war in den westdeutschen Hauptstädten deutlich größer als in den ostdeutschen. Nach wie vor existieren zwischen Ost und West große Unterschiede im Vorhandensein von Arbeitsplätzen. Im Baugeberbe, bei der Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen, in der Öffentlichen Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung sowie bei Erziehung und Unterricht und in geringem Maße bei Kunst, Unterhaltung und Erholung waren die Beschäftigtenanteile in den ostdeutschen Hauptstädten tendenziell höher als in den westdeutschen Städten. Dagegen hatten die westdeutschen Hauptstädte höhere Beschäftigtenanteile im Verarbeitenden Gewerbe, bei Information und Kommunikation, bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, nicht ganz so dominant im Handel und bei der Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen.

Der Hauptstadtvergleich steht im Internet zur Verfügung (www.potsdam.de/statistik) oder ist im Bereich Statistik und Wahlen der Landeshauptstadt in gedruckter Form erhältlich.

Ereignisreiches Jubiläumsjahr für den KIS

Das Jahr 2015 war kein gewöhnliches Jahr für den KIS. Denn der Kommunale Immobilien Service (KIS) feierte im Januar den zehnten Jahrestag seiner Gründung. Wie schon in den vergangenen Jahren standen auch im vergangenen Jahr Investitionen in die weitere Verbesserung der Bildungsinfrastruktur der Landeshauptstadt im Fokus des KIS. Die ersten Planungen und Bauaktivitäten nach dem Schulentwicklungsplan 2014 - 2020 fanden statt.

Die Gesamtinvestitionen des KIS beliefen sich im Jahr 2015 auf 38,4 Mio. Euro. Im Bereich der Bildungsinfrastruktur wurden 29,9 Millionen Euro im Schulbereich und 3,5 Millionen Euro in Kitas und Horte investiert. Für Flüchtlingsunterkünfte hatte der KIS in diesem Jahr 2 Millionen Euro eingeplant.

Im Rathaus werden aktuell neue Büroräume für die wachsende Mitarbeiterschaft der Landeshauptstadt Potsdam geschaffen. Dazu wurden die zuvor als Lagerräume, Archiv oder Fahrradraum genutzten Bereiche vollständig entkernt, eine neue, gedämmte Bodenplatte eingebaut und neue Raumstrukturen geschaffen. Hinzu kam der Einbau einer neuen Aufzuganlage, die endlich einen tatsächlich behindertengerechten Zugang zum Stadthaus ermöglicht. Auf dem Campus wurde zudem Ende September das neue Gebäude der Suppenküche feierlich eröffnet.

Neben der Unterbringung von Flüchtlingen ist der Ausbau der Schulinfrastruktur weiterhin Kernaufgabe des KIS im kommenden Jahr. Die Umsetzung des Schulentwicklungsplans nimmt dabei im Jahr 2016 weiter Fahrt auf. Die Investitionsplanung sieht für das kommende Jahr Gesamtinvestitionen von 48,8 Millionen Euro vor. Der überwiegende Teil der Investitionen betrifft die Potsdamer Bildungsinfrastruktur, für die Mittel von 43,5 Millionen Euro vorgesehen sind. Kernpunkte dabei sind der Abschluss der in den Vorjahren begonnenen Vorhaben sowie die Umsetzung des im Jahr 2014 beschlossenen Schulentwicklungsplanes.

Zu den wichtigsten Investitionsprojekten im Jahr 2016 zählen im Schulbereich die für Sommer 2016 geplanten Fertigstellungen des Haupthauses des Herrmann-von-Helmholtz-Gymnasiums auf dem Campus Kurfürstenstraße und des Altbaus des Humboldt-Gymnasiums in der Heinrich-Mann-Allee. In der Kurfürstenstraße wird außerdem die neue Turnhalle zum Herbst 2016 übergeben. Schon im Mai sind die Arbeiten an den Außenanlagen der Rosa-Luxemburg-Schule beendet.



Wichtige Meilensteine bei der Umsetzung des Schulentwicklungsplans 2014 - 21 sind der Baustart der neuen Schule Am Stern und des Neubaus der Grundschule Bornim jeweils im Herbst des Jahres. Die Fertigstellung ist an beiden Standorten zum Schuljahresbeginn 2018/19 vorgesehen.

Aula im Beethoven-Haus des Bertha-von-Suttner-Gymnasiums.
Foto KIS/Karen Voigt



Von Berliner bis Argentinier

Das Duo PianLola - deutsch/spanisches Chansontheater gastiert mit einer wunderbaren Mischung aus Berliner Kabarett & Argentinischer Tangomusik im Februar im Bürgerhaus Stern*Zeichen.

Lola Bolze (Gesang) und Jorge Idelsohn (Piano) interpretieren Chansons und Tangomusik von Claire Waldoff bis Homero Manzi ganz neu und verpacken sie in amüsante Geschichten...von Berliner bis Argentinier

Die Story: Der elegante südamerikanische Pianist Alois soll bis zum nächsten Morgen eine neue Komposition in der Philharmonie abgeben. Mitten in einem Kreativitätstief trifft er auf die Berliner Portiersche Lola. Die Quasselstrippe erzählt ihm ihr ganzes Leben – inklusive aller Männergeschichten. Und dabei wird sie ohne es zu merken zur Muse für Alois ...

Die Musik: Lieder aus den 1920er bis 1960er Jahren werden neu interpretiert und mit argentinischer Tangomusik kombiniert. Eben typisch PianLola – irgendwie retro und doch topaktuell.

ALSO VORMERKEN: Freundeskreis SternKabarett – Kleinkunst präsentiert in Kooperation mit dem Bürgerhaus Stern*Zeichen und dem dfb am Freitag, den 26. Februar 2016 ab 19.00 Uhr das Duo PianLola (FOTO) im Bürgerhaus Stern*Zeichen, Galileistr. 37-39

SUDOKU

Auflösung Januar

2	5	4				6		
				1		5		
7		4						
3		8	6		1			
1						2		
	8		9	4		3		
				9		1		
8		3						
	2				8	9	3	

9	8	1	5	2	6	7	4	3
5	3	4	7	1	8	9	6	2
2	6	7	3	4	9	8	1	5
6	7	8	9	3	4	2	5	1
3	4	9	1	5	2	6	7	8
1	5	2	6	8	7	4	3	9
7	9	5	2	6	1	3	8	4
8	2	3	4	7	5	1	9	6
4	1	6	8	9	3	5	2	7

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Freitag, 05.02.2016:
Infostände in den Stadtteilen

Freitag, 05.02.2016, 19.00 Uhr bis 21.00 Uhr:
„Rechte Parteien und Bewegungen in Europa – Aktuelle Entwicklungen und Tendenzen REDE MIT! Gegen Rechts!“ Diskussion / Vortrag im „freiland“ e. V., Potsdam, Friedrich-Engels-Str. 22, 14473 Potsdam, Café im Kulturzentrum freiland e. V. **

Sonabend, 06.02.2016:
Infostände in den Stadtteilen

Montag, 08.02.2016, 14.00 Uhr:
„Musik am Rosenmontag - zum Hören, Mitsingen, Schunkeln und Tanzen“ *

Dienstag, 09.02.2016, 18.30 Uhr:
Sitzung des Ortsvorstandes Potsdam-West der LINKEN in der Volkssolidarität, Ecke Am Kiewitt/Zepelinstraße.

Dienstag, 09.02.2016, 14.00 Uhr:
„Neue Wohnformen für Ältere und Pflegebedürftige (WG) – Erfahrungen, Probleme und Vorschläge. Im Seniorentreff in der Alleestraße 3, Haus der LINKEN

Donnerstag, 11.02.2016, 17.00 Uhr:
Sitzung des Ortsvorstandes Stern/Kirchsteigfeld Drewitz, Bürgerbüro von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Sonabend, 13.02.2016, 11.00 Uhr bis 17.00 Uhr:
„Geschichte für die Zukunft“ - Film, Musik und Beiträge zur Biografieforschung in Erinnerung an den Antifaschisten Otto Wiesner. Ort: URANIA „Wilhelm Foerster“ Potsdam e. V., Potsdam Gutenbergsstr. 71-72, 14467 Potsdam **

Montag, 15.02.2016:
„20 Jahre ehrenamtliche Arbeit von, mit und für Seniorinnen und Senioren.“ Heute vor zwanzig Jahren übernahm die Alfred und Toni Dahlweid Stiftung die Trägerschaft für die Seniorenfreizeitstätte im Wohngebiet „Zentrum-Ost“. Eine lange Zeit, die durch zahlreiche ehrenamtliche Aktivitäten gekennzeichnet war. (Zu dieser Veranstaltung gibt es gesonderte Einladungen) *

Montag, 22.02.2016, 14.30 Uhr:
„Potsdamer Anekdoten und Geschichten, Teil XII – ein Wiedersehen mit Eva Dobrzinski-Petersein“ *

Mittwoch, 24.02.2016 18:00 Uhr bis 20:00 Uhr
Buchvorstellung „Abenteuer eines DDR-Diplomaten – Meine Jahre in Libyen“ mit Autor Achim Reichardt (Berlin), Moderation: Dr. Detlef Nakath (Potsdam) **

Montag, 29.02.2016, 14.00 Uhr:
„20 Jahre ehrenamtliche Arbeit von, mit und für Seniorinnen und Senioren“ *
* Seniorentreff der Dahlweid-Stiftung, Edisonallee 11, Zentrum Ost
** Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustr. 53 Potsdam